

TOP: Ö 9.7

VO-Nr.: 258/2024

Beschlussgegenstand: Würdigung des 35-jährigen Jubiläums des Bestehens der Städtepartnerschaft zur russischen Partnerstadt Magnitogorsk

Einreicher: Fraktion BFBG

dazu:

TOP 8.7.1 Änderungsantrag zum Beschlussantrag 258/2024: Würdigung des 35-jährigen Jubiläums des Bestehens der Städtepartnerschaft zur russischen Partnerstadt Magnitogorsk

Einreicher: Fraktion SPD

Anlage 14 Antrag 258/2024

Anlage 14 a Stellungnahme der Verwaltung, Schreiben des Oberbürgermeisters vom 16.10.2024

Anlage 14 b Änderungsantrag 290/2024

Vortrag zum Antrag 258/2024:

Frau Hauffe: Bekanntlich habe sich in Potsdam der 8. Brandenburger Landtag konstituiert und der Alterspräsident, ein Mitglied der Fraktion BSW, eine bemerkenswerte Rede gehalten. Daraus wolle sie kurz zitieren:

„Und noch etwas: Als jemand, der sein Leben lang an Völkerverständigung und in der Kultur gearbeitet hat, tut es mir in der Seele weh, wenn Kultur aber auch Wissenschaft als politisches Bestrafungsinstrument benutzt werden. Ich appelliere daher an die Gemeinden in Brandenburg, gerade in Zeiten wie diesen den Dialog über Städtepartnerschaften etwa mit russischen Gemeinden oder über Kulturaustausch wiederzubeleben.“

Brandenburg an der Havel habe sogar vier Partnerstädte, und deren Jubiläen seien entsprechend gewürdigt worden mit besonderen Aktivitäten insbesondere im kulturellen und sportlichen Bereich. Die Partnerschaft mit Ballerup lebe von ständigen Austauschen. Im Antrag gehe es nun aber um die russische Partnerstadt Magnitogorsk, gelegen am Fuße des Urals. Mit Ziff. 1 des Beschlusstextes wolle die Fraktion eigentlich nichts anderes, als dass das 35-jährige Jubiläum der Partnerschaft mit Magnitogorsk öffentlich und auch medial gewürdigt werde. Es gehe dabei vor allem darum, an die zivilgesellschaftlichen Kontakte und Aktionen der vergangenen 35 Jahre zu erinnern. Die in der Stellungnahme der Verwaltung verwendete Bezeichnung „Feierlichkeiten“ werde im Antrag im Übrigen gar nicht aufgeführt. Denn es gehe der Fraktion darum, dass in einem öffentlichen Rahmen eine Würdigung stattfinde und breit medial daran erinnert werde. Gerade im Sinne „Mayors for Peace“ würde die Fraktion den Oberbürgermeister ansprechen. Denn dieser könne ein deutliches Zeichen auch nach außen setzen, wenn er in einer angebrachten Form das Jubiläum würdige.

In der Begründung fänden sich Links, die zu Antworten auf Fragen eines Bundestagsabgeordneten zu diesem Thema führen. Die Bundesregierung führe in den Antworten aus, dass alle Grundstrukturen in der Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft begrüßt und als durchaus erhaltenswert befürwortet würden. Die Kernaussagen zitiere sie kurz aus diesen drei Antworten:

„[...] Gleichzeitig will die Bundesregierung Grundstrukturen der Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft erhalten. [...]“

„[...] Es bleibt im Interesse der Bundesregierung, dass grenzübergreifendes zivilgesellschaftliches Engagement weiterhin möglich bleibt. [...]“

„[...] Die Bundesregierung bewertet zivilgesellschaftliche Projekte zur Völkerverständigung grundsätzlich positiv. [...]“

Nichts anderes wolle man mit Ziff. 2 des Beschlussvorschlags erreichen. Das Engagement aus den Reihen der Zivilgesellschaft soll wieder gefördert werden. Sportvereine, Musikschule, Bibliothek, Schulen, Technische Hochschule, Theater, Medizinische Hochschule könnten so auf dieser Ebene wieder Beziehungen auch nach Magnitogorsk herstellen. Es bedürfe lediglich eines kleinen Anstoßes auch aus

der Verwaltung bzw. konkreter Vorschläge.

In diesem Sinne werbe sie um Zustimmung zum Antrag.

Vortrag zum Antrag 290/2024:

Herr Geiseler: Der Änderungsantrag stelle ein Kompromissangebot dar. Denn auch die Fraktion SPD sehe es so, dass in schwierigen Zeiten, das miteinander Kommunizieren nicht verlorengehen dürfe.

Genau vor einem Jahr habe es eine Ausstellung über die Städtepartnerschaften gegeben. Im Rahmen dieser Ausstellung sei auch das 35-jährige Jubiläum mit Kaiserslautern sowie das 60-jährige mit Ivry-sur-Seine gefeiert worden. Diese Ausstellung sollte erweitert werden, und zwar auch um den Briefwechsel zwischen dem Oberbürgermeister von Magnitogorsk und der Stadt Brandenburg an der Havel, sodass sich jeder selbst eine Meinung bilden könne.

Zudem könne die Ausstellung ein Bindeglied für spätere Zeiten sein, wo es sich vielleicht wieder besser darstelle.

Insofern gehe es darum, 2024 eine erweiterte Ausstellung unter Einbeziehung aller Partnerstädte stattfinden zu lassen, die alle auch gleichrangig behandelt werden sollten, ohne irgendetwas besonders hervorzuheben. Allerdings wisse er nicht, inwieweit die Beziehung zu Nowomoskowsk (Ukraine) bereits dazugehöre.

Aussprache:

Herr Brösicke: Der Antrag 258/2024 sei schon deshalb richtig und wichtig, weil er sich auch ein Stück weit gegen die Einseitigkeit, die es in der deutschen Berichterstattung gebe, stelle. So wie in Deutschland derzeit nicht jeder mit der Politik der derzeit Regierenden einverstanden sei, wäre auch in Russland nicht jede Person mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine einverstanden. Nur demonstriere man in Russland nicht dagegen, weil man im Zweifel von der Straße geprügelt werde. Auch hier sollte man sich den moralischen Zeigefinger sparen – er erinnere an die Bilder aus Berlin und auch aus Brandenburg an der Havel, wo bei den Corona-Demonstrationen Frauen, Kinder, ältere Personen brutal niedergeknüppelt wurden.

Den Angriffskrieg von Wladimir Putin wolle er weder gutheißen noch rechtfertigen, aber es bestehe zumindest der dringende Verdacht, dass Wolodymyr Selenskyj in die Sprengung von Nordstream 2 verwickelt, zumindest aber darüber informiert war. Trotzdem werde er in diesem Land hier hofiert und mit Milliarden bedacht, erhalte Lieferungen von Waffen – und hier erinnere er an die Diskussion zur aktuellen Stunde –, die sich Deutschland gar nicht leisten könne. Betonen müsse er, dass Waffen keinen Frieden schaffen. Er finde es gerade in Kriegszeiten wichtig, dass es ein niederschwelliges Angebot weit unterhalb der Regierungsebene zwischen den Zivilgesellschaften gebe, welches weiterhin auf Austausch bedacht sei, auf Kommunikation und auch auf Zusammenarbeit, um Gemeinsamkeiten zu finden und im Dialog zu bleiben. Dafür sei der Antrag eben richtig und wichtig.

Völlig vorbei an der Grundintention des Ursprungsantrags gehe der Änderungsantrag 290/2024, mit dem eine Ausstellung favorisiert werde, der aber auch Verwaltungsressourcen und finanzielle Ressourcen in der Stadt bündele.

Insofern würde die Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen, den Ursprungsantrag halte die Fraktion jedoch für richtig.

Herr Stieger: „*Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, [...]*“ – so beginne die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, also das Friedensgebot, über das ja im Grunde viel zu wenig geredet werde. Geredet werde über Waffen, und es gebe Kriegsdienstverweigerer, die erklären, welche Wirkungsweise diese Waffen haben.

Er finde den Antrag 258/2024 mutig. Schließlich wisse man, dass man mit so einem Antrag sofort wieder in die Ecke von Putin-Verstehern gedrängt werde. Der Antrag biete aber den Anlass für eine öffentliche Diskussion.

Sicherlich habe niemand hier in diesem Saal Zweifel daran, dass der Begriff „Staatsräson“ Deutschlands im Verhältnis zum israelischen, zum jüdischen Volk völlig klar sei, und niemand stelle das in Abrede. Nun dürfe man auch nicht aufrechnen, dass 6 Mio. jüdische Menschen von den Deutschen umgebracht wurden, aber was sei eigentlich mit den 27 Mio. Menschen aus der Sowjetrepublik, die von den Deutschen ebenfalls im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden? Er kenne es noch so, dass bis zur Wende auch das Verhältnis zur Sowjetunion Teil der Staatsräson gewesen sei und erinnere an den Ehrenfriedhof in der Nähe des Steinturms. Auch mit Blick darauf sollte Deutschland doch etwas mehr Zurückhaltung üben bei der Frage nach den Waffenlieferungen und stattdessen eher fragen, wie man dem Friedensgebot weiterhelfen könne. Hier könne die Zivilgesellschaft viel leisten. Denn dieser Krieg in der Ukraine werde enden und es gebe eine Zeit danach. Russland werde auch weiter an der bisherigen Stelle (auf der Landkarte) bleiben, und so werde man mit diesem Land auch weiter umgehen müssen.

Es werde also auch künftig wieder einen Umgang mit Russland geben müssen; und es mache schon viel Sinn, wenn gerade die junge heranwachsende Generation eben nicht geprägt werde von wirklich hochgezüchteten Ressentiments, sondern sich mit Literatur und einem Austausch mit anderen beschäftige, um den Begriff „Völkerverständigung“ mal mit Leben zu erfüllen.

Er habe auch erfreut gesehen, wie Herr Woidke und Herr Crumbach nebeneinander saßen, als sie sich auf ihre Antikriegsformel verständigt hatten.

Er würde den Antrag unterstützen.

Frau Marx: Die Diskussion sei sicherlich überfällig. Dennoch müsse sie auf einige Wortbeiträge eingehen, die sie so nicht stehenlassen könne.

Wenn Herr Brösicke etwas gleichsetze die Demokratie hier in Deutschland betreffend, dann müsse sie betonen, dass doch wohl Einigkeit darüber bestehe, dass es hier in Deutschland Meinungsfreiheit gebe, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit – alles Grundrechte, die man schätze. Es gebe einen anderen 35. Jahrestag in diesem Monat, nämlich die Gründung des NEUEN Forums in Brandenburg an der Havel. Ohne dessen Gründerpersonen würde man heute hier gar nicht so sitzen. Man könne doch nicht ernsthaft Vergleiche ziehen zwischen der Demokratie hier in Deutschland und den Menschenrechtsverletzungen, die in Russland an der Tagesordnung seien, wo Personen, die für Frieden demonstrieren, abgeurteilt werden oder Repressalien auf der Arbeit, in den Familien ausgesetzt seien. Hier in Deutschland dürfe man so ziemlich alles sagen – das sei auch Herrn Stieger als Juristen bekannt – mit ein paar Einschränkungen in Bezug auf NS-Verbrechen.

An die Einreicher des Antrag 258/2024 richte sie die Frage bezogen auf die gewünschte mediale Bekanntmachung, was denn hier beschlossen werden solle? Schließlich gebe es die Pressefreiheit. Die SVV beschließe doch nicht, was die Medien zu berichten haben. Ansonsten wären die Verhältnisse ja so, wie in Russland.

Die Kontakte zur Zivilgesellschaft seien aus ihrer Sicht sehr wichtig. Aber mit einer Herstellung dieser beauftrage die SVV doch nicht die Verwaltung. Außerdem erreiche man in Magnitogorsk doch niemanden, der anders reagiere, als die dortige Administration.

Herr Putin habe jede Chance, jeden Tag den Befehl zum Rückzug aus der Ukraine zu geben. Das werde er aber nicht tun, weil er einfach die Ukraine besetzen wolle. Von diesem Kriegsziel werde er auch nicht abweichen und sich von den hier getätigten Ausführungen auch nicht beeindrucken lassen.

Brandenburg an der Havel habe als Kommune im Jahr 2022 ganz klar Stellung bezogen – hier stimme sie dem Oberbürgermeister zu –, und die daraufhin eingegangene Antwort aus Magnitogorsk sei eine Unverschämtheit gewesen. Sollte es hier in irgendeiner Form eine öffentliche Würdigung geben müssen, dann würde auch Fraktion Bündnis 90/Die Grünen da nicht hingehen.

Der Änderungsantrag 290/2024 sei inhaltlich in Ordnung. Sie würde nur darum bitten, dass noch eine terminliche Klarstellung erfolge.

Herr Langerwisch: Man rede hier in Brandenburg an der Havel über Außenpolitik, obwohl man damit gar nichts zu tun habe. Trotzdem sei es ja interessant, mal darüber zu sprechen. Im Wahlkampf hätten schließlich alle erfahren, dass die Menschen auf der Straße sehr wohl über dieses Thema in erheblichem

Maße diskutiert haben. Denn dieses Thema bewege die Menschen, Krieg und Frieden bewege nun einmal alle. Deshalb wäre die Diskussion in dem Falle durchaus als positiv zu bewerten.

Wenn Frau Marx von 35 Jahren NEUES Forum spreche, dann könne sie davon ausgehen, dass er das noch aus einer ganz anderen Sicht kenne. Denn zur Zeit der Gründung des NEUEN Forums sei er Oberstleutnant der Volkspolizei gewesen und habe damals noch großen Ärger bekommen, weil er vorgeschlagen habe: Man könne sich doch selber so Schilder fertigen mit der Aufschrift: „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Personen, die denen nachgefolgt seien, die Ende der 80er Jahre demonstriert hatten für „Frieden schaffen ohne Waffen“ und für „Schwerter zu Pflugscharen“ würden heute nur noch mehr und schnellere und weitergehende Waffen fordern für die Ukraine. Mit mehr Waffen schaffe man dort doch keinen Frieden. Unstrittig sei aber, dass Putins Armee unrechtmäßig in die Ukraine marschiert sei. Und dass eine Lösung gefunden werden müsse, sei wohl auch klar.

Demonstrationen in Brandenburg an der Havel, die niedergeknüppelt worden seien, kenne er nicht. Das würde hier in der Stadt nicht passieren.

Geschäftsordnungsanträge:

- Herr Holzschuher: Nachdem die durchaus sehr wichtige Debatte zum Umgang mit der Partnerschaft zu Magnitogorsk immer mehr ausarte in Debatten dazu, was zu Corona-Zeiten in Deutschland stattgefunden habe, würde er den Schluss der Rednerliste beantragen. Es dränge sich auf, dass hier nicht mehr wirklich neue Argumente zum eigentlichen Kern des Themas kämen.

Herr Paaschen: Auf der Rednerliste stünden noch Frau Prof. Dr. Didczuneit-Sandhop, Herr Hoffmann, Herr Nowotny sowie der Oberbürgermeister.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste:

mehrheitliche Zustimmung

Der Geschäftsordnungsantrag wurde angenommen.

- Herr Langerwisch: Er schließe sich dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Holzschuher an (damit habe sich sein eigener erledigt).
- Herr Brösicke: Auch er schließe sich dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Holzschuher an.

Frau Prof. Dr. Didczuneit-Sandhop: „я думаю, обмен опытом между есть народами между людьми очень ващен. Вы понимаете меня, да?“ Sie denke auch, dass es irgendwann auch mal wichtig wäre, zur Tagesordnung zurückzukehren; es werde auch wieder einen Austausch geben zwischen Menschen aus Russland und Deutschland. Nur gegenwärtig könne man diesen 35. Jahrestag wohl nicht feiern und es könne auch so ein Austausch nicht stattfinden, wie er mal stattgefunden habe. Es sei kein guter Zeitpunkt. Außerdem sei die Städtepartnerschaft im Februar vor 35 Jahren unterzeichnet worden, und jetzt befinde man sich bereits am Ende des Jahres.

Den Änderungsantrag könne sie auch nicht gutheißen. Die Stadt habe bereits einen „bitterbösen“ Brief aus Magnitogorsk 2022 erhalten. Das seien keine guten Grundbedingungen, um die Städtepartnerschaft aktuell aufleben zu lassen. Des Weiteren sehe sie auch keinen großen Gewinn im Erstellen von einigen Exemplaren an Broschüren und dem Durchführen einer Ausstellung. Die dafür benötigten Gelder können sicherlich anders verwendet werden.

Herr Hoffmann: Auch er habe Ende der 80er Jahre demonstriert, den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ getragen und wurde zur Polizei vorgeladen. Wenn in heutiger Zeit ein Faschist in ein anderes Land einmarschiere und der Meinung sei, er müsse sich dieses Land einverleiben mit Waffen und dafür Menschen erschießen usw., dann könne man an der Stelle wohl nicht mehr rufen: „Frieden schaffen ohne Waffen“. Es handle sich um eine andere Zeit, in der man leider auch Waffen benötige. Von der Definition her wäre Herr Putin als Faschist zu bezeichnen.

Sein Wunsch sei inniglich, dass man zu dem russischen Volk wieder eine ganz andere Beziehung herstellen könne. Unter Putin werde das wohl nicht funktionieren, deswegen wäre es natürlich schwierig,

zur Zivilgesellschaft Kontakt herzustellen. Das werde nicht gelingen, indem die Stadt erneut einen Versuch unternahme (der Versuch 2022 sei ja gescheitert). Momentan bestehe nur die Chance, an die Zivilgesellschaft heranzukommen, d. h. an diejenigen, die wirklich vor Ort Opposition betreiben – und das werde sehr schwierig und auch höchst gefährlich für diese Menschen dort. Aber auf offizieller Ebene, wie mit dem Antrag gewünscht, sei das aktuell leider nicht machbar.

Herr Nowotny: Die Aussage von Herrn Langerwisch, dass wenn der Westen nicht die Waffen geliefert hätte, der Krieg vielleicht schon aus wäre, befremde ihn. Aber dann wäre die Ukraine nicht nur in ihrem begrenzten östlichen Teil und nicht nur die Krim russisches Gebiet, sondern wahrscheinlich schon die gesamte Ukraine.

Überlegen sollte Herr Stieger mal, was überhaupt den Zweiten Weltkrieg ermöglicht habe, nämlich der Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin. Die Sowjetunion habe auch nicht gezögert, sich das Baltikum einzuverleiben, das östliche Polen zu überfallen usw. Kriegsverbrechen seien somit auf beiden Seiten vorhanden gewesen.

Es sei schade, dass der Antwortbrief aus Magnitogorsk hier nicht vorliege. Dann hätte man sich nämlich eine Meinung darüber bilden können, was Magnitogorsk überhaupt wolle oder wie die Stadt der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüberstehe. Insofern schlage er vor, sich nochmals mit diesem Brief zu befassen, sich dann eine Meinung zu bilden, ob es überhaupt Sinn mache, dieses Verhältnis wirklich in irgendeiner Weise momentan aufleben zu lassen oder es lieber bei dem derzeitigen Status zu belassen. Es sei ein Angebot des Ruhens vorgeschlagen worden – und dann sei es eben so.

Herr Scheller: Er halte es auch für wichtig, sich an dieser Stelle zu diesem Thema nochmals auszutauschen. In seiner Zeit als Oberbürgermeister habe er immer das Verhältnis zu Ballerup als richtig gut, als sehr gut empfunden. Natürlich gebe es auch weiterhin ein gutes Verhältnis zu Kaiserlautern, während er das Verhältnis zu Ivry als etwas zurückhaltender beschreiben würde, was jedoch von der Partnerstadt selber ausgehe.

Erwähnen müsse er, dass die Städtepartnerschaft zu Ivry eigentlich mal sozusagen verordnet wurde, und zwar zu DDR-Zeiten. Dennoch sei der Stadt diese Städtepartnerschaft wichtig.

Ein bisschen hoffnungsvoll sei man bezüglich Nowomoskows in der Ukraine. Jedoch bestünden dort momentan ganz andere Sorgen. Das, was die Stadt dorthin gesandt habe an Technik, Lkw, Minibagger, Pritschenwagen usw., darüber habe man sich in Nowomoskows sehr gefreut und sich sehr dankbar gezeigt. Er denke, hier könne noch etwas entstehen und es werde sicherlich auch noch etwas entstehen. Aber momentan sei die Not in der Ukraine noch riesig – und das habe sie nicht selber verschuldet und auch nicht irgendwelche Nazis dort, wie die russische Propaganda immer behauptet. Das habe der russische Präsident mit seiner Partei zu vertreten.

Magnitogorsk sei ebenfalls eine verordnete Städtepartnerschaft gewesen. Damals habe man sich daran orientiert, wo sich eine Stadt mit einem Stahlwerk befinde. Die Besuche von dort nach der Wende seien stets so abgelaufen, dass die Vertreter von Magnitogorsk hier ihr Pflichtprogramm absolviert hätten, anschließend nach Berlin abgefahren seien und in Brandenburg an der Havel nicht mehr gesehen wurden. Mit dem derzeitigen Oberbürgermeister von Magnitogorsk lief es etwas anders, hier habe auch ein Austausch von Schulklassen stattgefunden, die Besuche seien angenehm gewesen, zu den Geburtstagen habe man sich gratuliert usw.; er sei hier wirklich sehr hoffnungsvoll gewesen, denn Herrn Berdnikow habe er auch als sehr weltlich orientiert erlebt. Insofern fühle er sich jetzt von ihm richtiggehend enttäuscht, insbesondere wenn er an die Antwort auf das Schreiben der Stadt aus dem Jahre 2022 denke.

Zu bedenken gebe er auch bezogen auf das zivilgesellschaftliche Engagement, dass z. B. ein Schüleraustausch nur funktionieren würde, wenn Herr Berdnikow bzw. dessen Partei dem zustimmen würde. Und dies beträfe im Übrigen alle Aktivitäten, die man versuchen würde zu unternehmen. Einen Frieden erlange man doch nicht, indem man sage, dass zivilgesellschaftlich Kontakte gepflegt werden mit Personen, die das von Seiten Magnitogorsk nur dürfen, weil sie die Erlaubnis dazu erhalten haben.

Jedoch bedeute all dies nicht, dass die Städtepartnerschaft mit Magnitogorsk beendet werden soll und nie wieder aufleben werde. Sondern es sei im Moment einfach nicht die Zeit; und auch er selber fühle sich

einfach nicht dazu in Lage, mit Herrn Berdnikow in Kontakt zu treten. Zudem habe Herr Berdnikow gar kein Interesse daran, Herrn Schellers Meinung einfach einmal anzuhören.

Abschließender Vortrag zum Antrag 258/2024:

Herr Kutsche: Art. 2 Abs. 1 Landesverfassung Brandenburg sage ausschnittartig:

„Brandenburg ist ein [...] dem Frieden [...] verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, [...], anstrebt.“

Es gebe hier keinen Zusatz, dass dies ausgesetzt werde im Kriegsfall. Schließlich gehe es um Völkerverständigung und darum, dass die Verwaltung einen Impuls nach außen setzen sollte. Es gehe nicht um Putin an der Stelle, auch wenn die Diskussion in diese Richtung gelaufen sei, aber das sei nicht mit dem Antrag bezweckt worden.

Stattdessen habe man auf die ruhende Städtepartnerschaft aufmerksam machen und anregen wollen, darüber nachzudenken, das Ruhenlassen wieder aufzuheben.

Der Änderungsantrag der Fraktion SPD habe – und hier frage er auch das Rechtsamt – mit dem Ursprungsantrag gar nichts zu tun. Es handle sich eigentlich um einen eigenständigen Antrag, dem man natürlich auch zustimmen könnte. Er hätte sich zumindest gewünscht, dass dieser Änderungsantrag als Ergänzungsantrag deklariert worden wäre, so wäre eine punktweise Abstimmung möglich gewesen. Dazu seien die Einreicher aber nicht bereit gewesen.

Er bitte um Zustimmung zum Antrag 258/2024.

Abstimmung über den Änderungsantrag 290/2024:

12 Stimmen dafür
mehrheitliche Ablehnung

Der Änderungsantrag wurde nicht angenommen.

Abstimmung über den Beschlussantrag 258/2024:

10 Stimmen dafür
mehrheitliche Ablehnung

Der Beschlussantrag wurde nicht angenommen.